



Gemeinde Eben am Achensee

6212 Maurach, Dorfstraße 28

Bezirk Schwaz, www.eben.tirol.gv.at

UID: ATU 49996009

Sachbearbeiter: [Mag. Sandra Mitterer](#)

Telefon: 05243-5202-17

Telefax: 05243/5202-15

sandra.mitterer@eben-achensee.gv.at

Protokoll zur Sitzung des Gemeinderates Öffentlicher Teil

Termin: Montag, 11.12.2023, 19:31 Uhr

Ort: Gemeindehaus Maurach, Sitzungszimmer

Anwesend:

Bürgermeister:

Bgm. Martin Harb

Bürgermeister-Stellvertreter:

Bgm.Stv. DI (FH) Armin Gruber

Mitglieder:

GR Andrea Kohler-Widauer

GR Hans Entner

Mag. (FH) Katrin Rieser

GR Paul Astl

GR Marco Hollaus

GR Hansjörg Kostenzer

GR Florian Moser

GR Josef Rieser

GR Martin Thaler

GR Raimund Walser

GR Hermann Wörndle

GR Maria-Luise Gerstenbauer

Ersatzmitglieder:

EGR Gervin Lindner

Vertretung für Frau GR Mag. (FH) Martina Entner

Schriftführerin:

Mag. Sandra Mitterer

Abwesend:

Mitglieder:

GR Mag. (FH) Martina Entner

Der Bürgermeister begrüßt die anwesenden GemeinderätInnen und die 8 ZuhörerInnen und eröffnet nach Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit die Sitzung.

Tagesordnung

1. Beschlussfassung Voranschlag 2024 und MFP 2025 bis 2028
2. Umwidmung im Bereich der Gst 404/1 und 404/2 (Lacknergasse)
3. Abschluss eines Dienstbarkeitszusicherungsvertrages mit der TIWAG
4. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Beratung und Beschluss

1. Beschlussfassung Voranschlag 2024 und MFP 2025 bis 2028

Der Voranschlag für das Jahr 2024 und der mittelfristige Finanzplan 2025 bis 2028 wurden ab dem 23.11.2023 bis 07.12.2023 gemäß § 93 Abs. 1 der Tiroler Gemeindeordnung während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt. Die Kundmachung der Auflage wurde am 22.11.2023 angeschlagen und am 08.12.2023 abgenommen. Die dem Voranschlag zu Grunde liegenden Steuer- und Abgabensätze wurden vom Gemeinderat in seiner Sitzung vom 13.11.2023 beschlossen.

Zahlen Entwurf VA 2024 und MFP 2025 bis 2028:

Finanzierungshaushalt:

	2024	2025	2026	2027	2028
Mittelaufbringung	14.743.000	16.875.100	14.146.900	14.458.700	14.853.900
Mittelverwendung	16.046.400	16.875.100	14.146.900	14.458.700	14.853.900
Differenz	-1.303.400	0	0	0	0

Das negative Ergebnis im Finanzierungshaushalt 2024 in Höhe von € 1.303.400 wird durch den Endstand an liquiden Mitteln zum Jahresende ausgeglichen.

Ergebnishaushalt:

	2024	2025	2026	2027	2028
Mittelaufbringung	13.887.500	13.796.000	14.222.800	14.533.900	14.968.600
Mittelverwendung	14.406.400	13.826.100	14.380.400	14.619.900	14.963.500
Differenz	-518.900	-30.100	-157.600	-86.000	5.100

Innerhalb des Auflagezeitraumes sind keine Stellungnahmen eingelangt.

Es folgt eine rege Diskussion hinsichtlich Einsparungen und Unterbringung weiterer Posten. So schlägt GR Gerstenbauer vor, hinsichtlich Schilfgürtel zusätzlich um eine Förderung beim TVB anzufragen. Betreffend Instandhaltung Gemeindestraßen und Neuverlegung LWL schlägt GR Kostenzer vor, künftig bei Aufgrabungen eine Regelung zu vereinbaren, dass in einem bestimmten Zeitraum nach den Arbeiten nicht neuerlich aufgedeckt werden darf. Auf Nachfrage von GR Kostenzer hinsichtlich Buswartehaus, teilt der Bgm. mit, dass aufgrund der angespannten budgetären Situation das Buswartehaus für das Jahr 2024 gestrichen wurde, es gebe aktuell keinen dringenden Bedarf. GR Kostenzer teilt dazu weiters mit, dass er sehr wohl den Bedarf sieht, weil an dieser Stelle viele Kinder warten und dieses Buswartehaus auch letztes Jahr verschoben wurde.

Bgm. Stv. DI (FH) Gruber dankt der Finanzverwalterin für die Erstellung und die viele Arbeit, die damit verbunden ist. Er rügt im Namen der U.NL, dass sie mit der Vorgangsweise der Einbindung des Gemeinderates hinsichtlich Einmalausgaben nicht einverstanden sind, es bedürfe mehr Vorlaufzeit, um einzelne Punkte zu diskutieren und sodann beschließen zu können, die bisherige Vorgangsweise ist aus Sicht der U.NL nicht transparent und fair genug. Angeforderte Zusatzinformationen wurden erst 3 Tage vor der Sitzung vollständig übermittelt. Er schlägt daher vor, die Einmalausgaben in einer vorigen Sitzung durchzugehen und zu besprechen, da es sich dabei um gravierende Punkte handelt. Ein diesbezüglicher Termin soll erst stattfinden, wenn sämtliche Wünsche eingearbeitet wurden und ein grober Entwurf finalisiert ist, auch sollen dann bei diesem Termin die entsprechenden Mitarbeiter (z.B. Bauhofleiter) für etwaige Fragen zur Verfügung stehen. Der Bürgermeister stellt fest, dass das Vorgehen gesetzeskonform ist und das innerhalb der Auflagefrist keine Stellungnahmen eingegangen sind. Er weist den Vorwurf der Intransparenz entschieden zurück.

Weiters klärt Bgm. Stv. DI (FH) Gruber noch über einzelne Posten auf, so z.B. dass die Aktualisierung des Katastrophenschutzplanes vom Land vorgegeben wurde, die Erneuerung des Brandschutzplanes und die Suche nach einem neuen externen Brandschutzbeauftragten deshalb notwendig ist, weil diese Tätigkeiten bislang von Martin Obholzer im Zusammenhang mit seiner politischen Tätigkeit durchgeführt wurden, da er nunmehr aber nicht mehr politisch tätig ist, möchte er auch diese Tätigkeiten übergeben. Auf weitere Nachfrage von Bgm. Stv. DI (FH) Gruber bezüglich Zuschuss Atoll Beitrag, gibt die Finanzverwalterin bekannt, dass dies unter Punkt 835 755 eingearbeitet wurde. Bgm. Stv. DI (FH) Gruber ersucht den Bgm. um Aufklärung hinsichtlich der neuen Boulderwand in der Neuen Mittelschule. Der Bgm. gibt dazu bekannt, dass es sich dabei um ein Projekt im Rahmen der neuen schulischen Tagesbetreuung für die Volksschule handelt, diese schulische Tagesbetreuung wird vom Land mit € 55.000,00 gefördert. Dieses Geld ist sohin auch für die diesbezügliche Verwendung vorgesehen. Laut Bgm. Stv. DI (FH) Gruber ist die Errichtung dieser Boulderwand sinnvoll, allerdings könnte man diese Förderung im Zusammenhang mit der schulischen Tagesbetreuung auch für andere dringende Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur verwenden. Es wurde auch kritisiert, dass die Fördersumme, welche der Gemeinde als Schulerhalter zusteht, seitens des Bgm. ohne Rücksprache mit dem Gemeindevorstand oder Gemeinderat eigenständig dieser Verwendung zugewiesen wurde.

Über weitere Nachfrage von GR Gerstenbauer, wer die Umsetzung dieser Boulderwand entschieden hat, teilt der Bgm. mit, dass die Verantwortlichen der Schulen auf ihn zugekommen sind und er diesem Projekt sohin aufgrund der hohen Förderung zugestimmt hat. Diese Boulderwand steht nicht nur der VS, sondern auch der NMS zur Verfügung. Auf weitere Nachfrage von GR Entner, warum nicht die Boulderhalle beim Atoll mitbenützt werden möchte, teilt GR Gerstenbauer mit, dass es sich vom Ablauf her nicht ausgeht zum Atoll zu fahren, weil es sich oftmals nur um ein paar Minuten handelt, die die Kinder z.B. nach Fertigstellung der Hausübung, zur Verfügung haben. GR Gerstenbauer teilt weiters mit, dass mehrere Räume der NMS (zB Pendlerraum, Zeichensaal, etc.) nicht mehr im besten Zustand sind und die € 55.000,00 auch dafür verwendet werden hätte können. Über weitere Nachfrage von GR Astl teilt der BGM mit, dass die Boulderwand gesamt ca. € 60.000,00 gekostet hat, sohin abzüglich der Förderung nicht mehr bedeutend viel von der Gemeinde zu bezahlen war. Er hält dies für eine gute Investition für die Jugend; gibt den Gemeinderäten aber Recht, dass er diesbezüglich Investitionen in einem Gremium diskutieren wird.

Auf Nachfrage von Bgm. Stv. DI (FH) Gruber bezüglich Verkehrsüberwachung für das Gemeindegebiet, teilt der Bgm. mit, dass in näherer Zukunft eine Novelle kommen soll, in welcher sodann eine Möglichkeit vorgesehen ist, eine Geschwindigkeitsbeschränkung für das gesamte Gemeindegebiet zu erlassen, diese Lösung wäre ihm lieber und er möchte daher noch das Inkrafttreten dieser Novelle abwarten, um aufwendige Verkehrsplanerkosten im Vorhinein zu reduzieren.

Vize-BGM Gruber erkundigt sich noch hinsichtlich Budget für den Posten Sanierung Forstweg und Brücken? Dieser Posten ist in diesem Jahr nicht vorgesehen.

Über Nachfrage von GR Kohler-Widauer hinsichtlich des Projektes Fernwärme See, teilt der Bgm. mit, dass es dazu weitere Studien und Gespräche gibt.

Bgm. Stv. DI (FH) Gruber teilt mit, dass es für die Gemeindeeinsatzleitung noch notwendig ist, ein Budget für die Notstromeinspeisung für den Fall eines Blackouts (Schalter + Verkabelung) einzuplanen.

Der Bgm. erkundigt sich noch bei GR Kostenzer bezüglich LWL Karwendeltäler, ob die Gemeinde bei diesem Projekt noch mitmachen kann und um diesbezügliche Förderungen ansuchen soll. GR Kostenzer teilt mit, dass dies nicht mehr möglich ist, weil die Abwicklung nunmehr über einen Fördertopf Betriebe läuft und dieser ein anderer ist. Er teilt dazu mit, dass es bereits eine Begehung mit Mag. Lair gegeben hat, und grundsätzlich die Beurteilung positiv ausgefallen ist. Geplanter Start ist voraussichtlich Herbst 2024, weil im Frühjahr Brütezeit der Vögel ist.

GR Thaler ersucht um Aufnahme eines Budgets für den Kindergarten, ihm ist insbesondere in der Fröschegruppe aufgefallen, dass die Kästen nicht mehr die besten seien und es auch neue Spiele und eine Gefrier-/Kühlkombi braucht. Er erkundigt sich weiters nach der Notwendigkeit des Postens für den Radlader, der Bgm. teilt dazu mit, dass er die Information vom Bauhofleiter bekommen hat, dass dieses Gerät dringend zu tauschen wäre. GR Thaler gibt weiters bekannt, dass beim Posten Dorftaxi auch Unternehmen herangezogen werden können und nicht die Gemeinde die gesamten Kosten übernehmen muss, GR Kohler-Widauer teilt dazu mit, dass dies bereits im Gange ist, es gibt viele Freiwillige und auch Unternehmen haben bereits ihre

Unterstützung zugesagt, das Projekt kann sohin nach derzeitiger Sicht realisiert werden. Es wird in weiterer Folge sodann vermutlich ein Selbstläufer werden.

GR Astl schlägt Einsparungen bei den PC Arbeitsplätzen der Verwaltung vor, um diese sodann bei der Umsetzung für den Kindergarten herzunehmen.

EGR Lindner weist daraufhin, dass die Budgetierung der PV Anlage für die NMS hinfällig wird, wenn die anderen Gemeinden, insbesondere Achenkirch nicht mitmachen. Die Finanzverwalterin verweist auf einen gültigen Beschluss des Mittelschulverbandes bezüglich Umsetzung.

Der Bürgermeister schlägt hinsichtlich Einsparungen sodann vor, sämtliche Förderungen hinsichtlich PV-Anlagen, Solaranlagen, Wärmepumpen, Biomasseheizungsanlagen und Elektromopeds im nächsten Jahr nicht mehr zu gewähren, da die Preise für derartige Projekte stark sinken. Aus Sicht des BGM liegt es nicht in der Verantwortung der Gemeinde, auf Privathäusern die Photovoltaikanlagen mitzufinanzieren. Des Weiteren gibt es von Seiten des Landes und Bundes ausreichend Förderungen. Er ersucht in weiterer Folge um Aufnahme dieses Punktes auf die Tagesordnung und um diesbezügliche Abstimmung:

Der Gemeinderat beschließt sodann mit 10 Ja Stimmen, 4 Nein Stimmen (Mitglieder des E5-Ausschusses) und 1 Enthaltung, ab 01.01.2024 keine Förderungen mehr für PV-Anlagen, Solaranlagen, Wärmepumpen, Biomasseheizungsanlagen und Elektromopeds seitens der Gemeinde zu gewähren und dementsprechend den Voranschlag zu ändern. Vize-Bgm. DI (FH) Gruber enthält sich der Stimme, mit der Begründung, dass die Abstimmung so nicht korrekt sei, da ein Beschluss vorher mit mehrheitlicher Zustimmung in die Tagesordnung aufgenommen werden muss. Weiters wird die Vorgangsweise dieses Beschlusses als voreilig und unüberlegt befunden, welche nur eingebracht wurde, um im Budget entsprechend Platz zu finden. Diese Entscheidung sollte mit entsprechend Vorlaufzeit getroffen werden.

Nach längerer Beratung werden nachstehende Änderungen im Voranschlag 2024 vorgenommen:

Konto-Nr.	Text	Betrag alt	Betrag neu	Differenz
1/560-752	Beitrag Bezirks-Krankenhaus	135000	208.500	73.500
1/029-042	Notstromeinspeisung Gemeindeamt	0	20.000	93.500
1/690-050	Buswartehäuschen	0	15.000	108.500
1/24001-042	Kasten Kindergarten Maurach	0	5.000	113.500
1/010-042	Erneuerung PC Gemeindeamt	26.000	20.000	107.500
1/680-757	Zuschuss LWL Karwendeltäler	30.000	0	77.500
1/522-778	Förderung Solar, PV, Biomasse, Elektromopeds	50.000	0	27.500

Danach beschließt der Gemeinderat mit 12 JA-Stimmen, 2 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung den Voranschlag 2024 und den MFP 2025 bis 2028 wie folgt festzusetzen:

Finanzierungshaushalt:

	2024	2025	2026	2027	2028
Mittelaufbringung	14.743.000	16.875.100	14.146.900	14.458.700	14.853.900

Mittelverwendung	16.073.900	16.875.100	14.146.900	14.458.700	14.853.900
Differenz	-1.330.900	0	0	0	0

Ergebnishaushalt:

	2024	2025	2026	2027	2028
Mittelaufbringung	13.887.500	13.796.000	14.222.800	14.533.900	14.968.600
Mittelverwendung	14.399.900	13.806.100	14.330.400	14.569.900	14.913.500
Differenz	-512.400	-10.100	-107.600	-36.000	55.100

Das negative Ergebnis im Finanzierungshaushalt 2024 in Höhe von € 1.330.900 wird durch den Endstand an liquiden Mitteln zum Jahresende ausgeglichen.

Bei der diesbezüglichen Abstimmung stimmte Vize-Bgm. DI (FH) Gruber dagegen, mit der Begründung, dass wie vorher erläutert, die Vorgangsweise nicht fair und transparent sei und zu wenig Platz für eine ordentliche Diskussion über die einzelnen Budgetpunkte gewesen sei.

GR Thaler Martin hat gegen das Budget gestimmt, da diverse Ausgaben seines Erachtens ins Jahr 2025 verschiebbar wären - z.B.: Radlader. Auch die sehr späte Informationsübergabe findet er intransparent. Des weiteren hat er vorgeschlagen, dass die Wunschliste (wer welche Wünsche hat - Vereine, Institutionen etc.) jährlich mit 01.09. schließt.

2. Umwidmung im Bereich der Gst 404/1 und 404/2 (Lacknergasse)

Dieser Punkt wurde vom Bürgermeister aufgrund weiteren Klärungsbedarfes von der Tagesordnung genommen!

3. Abschluss eines Dienstbarkeitszusicherungsvertrages mit der TIWAG

Seitens der Tiroler Wasserkraft AG ist beabsichtigt, im Bereich der Gst. Nr. 1284/1, 1285/1, 1420 und 268/110 KG Eben eine 36 kV-Leitung sowie Kabeln zur Übertragung von Nachrichten zu verlegen. Gemäß dem vorliegenden Vertrag sollen der TIWAG die entsprechenden Dienstbarkeiten zugesichert werden. Es ist ein Betrag von € 405,24 für die Mühewaltung € 5,89 je Laufmeter Kabel vorgesehen und weiters eine Verlegeverpflichtung, falls die Kabel künftige Bauführungen behindern. In diesem Zusammenhang wird die Freileitung abgetragen, dies wirkt sich positiv auf das künftige Landschaftsbild aus. In diesem Zuge sollen auch die Leitungen für Breitband und Straßenbeleuchtung mitverlegt werden. Als Hinweis darf noch angemerkt werden, dass der neue Radweg bei der Querung Schiffsanlegestelle Buchau neu asphaltiert wurde und der neue Fußweg eine wassergebundene Wegedecke aufweist; dieser Gesamtzustand ist nach Bauführung wiederherzustellen.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig den Abschluss des vorliegenden Dienstbarkeitszusicherungsvertrages mit der TIWAG.

4. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Der Bürgermeister beantragt einen weiteren Punkt hinsichtlich Mitarbeiterhaus Alpenrose auf die Tagesordnung zu geben, der Gemeinderat beschließt mit 14 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen.

Der Bürgermeister erörtert sohin das Gutachten des Ingenieurbüros für Verkehrswesen Hirschhuber und Einsiedler OG vom 10.11.2023 und teilt mit, dass dieses zum Ergebnis kommt, dass es für die Umsetzung des Mitarbeiterhauses aus Sicht des Gutachtens keine Verbreiterung der Straße bedarf. Laut Gutachten ist mit keiner wesentlichen Beeinträchtigung des Verkehrs zu rechnen.

Herr Wolfgang Kostenzer ist als Zuhörer anwesend; der BGM ersucht sohin auch Herrn Kostenzer noch einmal die Situation aus seiner Sicht darzulegen; Herr Kostenzer gibt sohin noch einmal einen Überblick über das vorliegende Gutachten und schlägt diesen Lösungsvorschlag vor, er gibt weiters bekannt, dass er auch bereit ist, sich vertraglich zu verpflichten, diese Wegverbreiterung dennoch durchführen zu lassen, sollte man nach 2, 3 Jahren zu dem Ergebnis kommen, dass es erhebliche Probleme gibt. Aktuell sei die Straße 6,2 m breit, es können sohin 2 Fahrzeuge aneinander passieren.

GR Wörndle schlägt für den Fall der notwendigen Wegverbreiterung eine Lösungsvariante vor, bei welcher die Allee bestehen bleibt und der Gehsteig dahinter errichtet wird.

Es taucht die allgemeine Frage der Durchsetzungsfähigkeit der Wegverbreiterung nach 2 Jahren auf. GR Entner erläutert dazu einen ähnlich gelagerten Fall in welchem die Situation so gelöst wurde, dass bei Eintreffen von 3 Beschwerden ein Handeln seitens des Gemeinderates beschlossen wurde.

GR Gerstenbauer teilt dazu mit, dass es keine Möglichkeit gegeben hat, sich auf diesen Punkt vorzubereiten und sie auch deshalb dagegen gestimmt hat, dass dieser Punkt auf die Tagesordnung genommen wird. Auch Vize-BGM Armin Gruber ist dieser Punkt zu spontan.

Sodann beschließt der Bürgermeister diesen Punkt wieder von der Tagesordnung zu nehmen, das betreffende Gutachten den Gemeinderäten zur Verfügung zu stellen und diesen Punkt sodann neuerlich bei der Jänner Sitzung wieder aufzunehmen.

GR Gerstenbauer erläutert sodann den Bericht des Überprüfungsausschusses vom 22.11.2023 Die Kasse wurde an diesem Tag nicht geprüft, weil die Finanzverwalterin eine andere Sitzung wahrnehmen musste. Grundsätzlich gab es nichts zu beanstanden, es tauchten wenige Fragen auf, so zB hinsichtlich einer Teilrechnung von € 6.000,00 von Seelos Architekten für die Planung Recyclinghof Dezember 2021 bis August 2022. Der Bauhofleiter gab dazu bekannt, dass es sich bei dieser Rechnung um eine Beauftragung eines Konzeptes für den Recyclinghof handelt, damit die Anlieferung für den Bauschutt besser funktioniert und der Container wettergeschützt einen Standplatz hat. Weiters wurde in diesem Konzept die Umgestaltung der Glascontainer festgelegt. Gedacht ist ein betonierter Bunker anstelle der Stahlcontainer. Weiters wurde die Überdachung des Bereiches zwischen Recyclinghof und Lagerhalle untersucht sowie die Neugestaltung der Ausfahrt mit einem Rolltor und die Anpassung der Optik an die Lagerhalle und außerdem nach

einer Lösung für den Zaun inkl. Schallschutz. Da aber die Gesamtlösung nicht zufriedenstellend war, wurden diese Punkte auf Eis gelegt und die Planung diesbezüglich eingestellt. Somit sind keine weiteren Kosten zu erwarten.

Eine weitere Frage betrifft die Schneeräumung, mittlerweile wurden alle Schneeräumfahrzeuge mit GPS Sender versehen, hinsichtlich Kosten wurde seitens des Überprüfungsausschusses angeregt, auch Vergleichsangebote von externen Unternehmen anzufragen, um Vergleichszahlen zu haben. Nach Rücksprache mit dem Bürgermeister gibt es diesbezüglich bereits Gespräche aber es wurde noch nichts Schriftliches verfasst.

GR Gerstenbauer teilt überdies noch mit, dass sie der Bauhofleiter gebeten hat, etwas richtig zu stellen, nämlich, dass die Angebote im Zusammenhang mit dem Kindergarten Pertisau, keine fiktiven Angebote waren, sondern sind sehr wohl Angebote eingeholt worden, aber es sind nicht viele eingetroffen. Das Wort fiktiv war daher in diesem Zusammenhang nicht richtig verwendet. Inzwischen hat der Bauhofleiter GR Gerstenbauer Unterlagen bezüglich Kindergarten Pertisau zukommen lassen, bei der nächsten Prüfung wird das sohin näher angeschaut.

GR Thaler erkundigt sich in diesem Zusammenhang, ob auch eine Einsicht in die Angebote vor Auftragserteilung möglich ist. Dazu teilt der Amtsleiter mit, dass dies vergaberechtlich nicht möglich ist bzw. unangenehme Folgen haben kann.

Vize-BGM Gruber erkundigt sich abschließend bezüglich erhöhte Müllgebühren und Straße der Lieder? Dazu kann der BGM aktuell nicht berichten, er gibt ihm morgen dazu nähere Auskünfte.

Der Bürgermeister schließt sodann den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Gemeinderäte noch um kurze Aufmerksamkeit für eine Information im nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 22:04 Uhr.

Der unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelte Teil wird in einer gesonderten Niederschrift protokolliert.

Der Bürgermeister:

Der Schriftführer:

Bgm. Martin Harb eh.

eh.